



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 5. Dezember 2012 (07.12)
(OR. en)**

16726/12

**Interinstitutionelles Dossier:
2011/0438 (COD)**

**MAP 71
MI 773
CODEC 2796**

VERMERK

des	Ausschusses der Ständigen Vertreter
für den	Rat
Nr. Vordok.:	16191/12 MAP 63 MI 726 CODEC 2657
Nr. Komm.dok.:	18966/11 MAP 10 MI 686 + ADD 1 + ADD 2
Betr.:	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die öffentliche Auftragsvergabe – Allgemeine Ausrichtung

I. EINLEITUNG

1. Die Kommission hat dem Rat und dem Europäischen Parlament am 21. Dezember 2011 ein Maßnahmenpaket für das öffentliche Auftragswesen unterbreitet, das einen Vorschlag für eine Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe¹, einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste² und einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Konzessionsvergabe³ umfasst. Ziel des Vorschlags für eine Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe ist es, die Effizienz des öffentlichen Auftragswesens durch Vereinfachung und Modernisierung der bestehenden Vorschriften zu steigern.

¹ Dok. 18966/11 MAP 10 MI 686.

² Dok. 18964/11 MAP 9 MI 685.

³ Dok. 18960/11 MAP 8 MI 684.

2. Der Vorschlag gilt als einer der zwölf Hebel der Binnenmarktakte und soll bis Ende 2012 angenommen werden, wie auch vom Europäischen Rat gefordert wurde.
3. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen haben ihre Stellungnahmen am 26. April bzw. am 9. Oktober 2012 abgegeben.
4. Die Abstimmung im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments soll am 18. Dezember 2012 stattfinden.
5. Die Gruppe "Öffentliches Beschaffungswesen" hat den Vorschlag in 19 Sitzungen unter dem dänischen und dem zyprischen Vorsitz eingehend erörtert.
6. Der Rat (Wettbewerbsfähigkeit) hat Vorgaben für die weiteren Beratungen über vier wichtige Fragen gemacht, nämlich auf seiner Tagung am 20./21. Februar 2012 zu den Fragen "Flexibilität und Dialog" und "Weniger aufwändige Vorschriften für bestimmte Dienstleistungen" und auf seiner Tagung am 30./31. Mai 2012 zu den Fragen "elektronische Beschaffung" und "Governance".
7. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat auf seiner Tagung am 21. November 2012 die noch offenen Fragen erörtert und den Text mit den auf dieser Tagung vorgenommenen Änderungen gebilligt.
8. Im Anschluss an die Tagung des Ausschusses der Ständigen Vertreter vom 28. November 2012, auf der die beiden anderen Dossiers des Pakets erörtert wurden, hat der Vorsitz eine überarbeitete Kompromissfassung (Dok. 16725/1/12 REV 1) erstellt.
9. Einige Delegationen haben noch nicht mitgeteilt, ob sie ihre Vorbehalte zurückziehen; sie werden gebeten, dies auf der Ratstagung zu tun.

II. FAZIT

10. Der Rat wird ersucht,

- die Einigung über die allgemeine Ausrichtung auf Grundlage der Kompromissfassung des Vorsitzes (Dok. 16725/1/12 REV 1) zu bestätigen,
- den Vorsitz zu bitten, auf der Grundlage dieser allgemeinen Ausrichtung Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament im Hinblick auf eine Einigung in erster Lesung aufzunehmen.

=====